



Mitteilungsblatt des Andreas Hofer Bund e.V.

Bundesversammlung des Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland am 12. März 2016 im Gasthaus der Naturfreunde in Speyer.

Um 13.30 Uhr eröffnete der Bundesvorsitzende des Andreas Hofer Bund e.V. Hermann Unterkircher die Versammlung und begrüßte die Anwesenden herzlich. Nach Verlesung der Grußworte der Südtiroler Freiheit und des Andreas Hofer Bund Tirol, gedachte man an den kürzlich erst verstorbenen Freiheitskämpfer Prof. Dr. Günther Andergassen. Der Bundesvorsitzende las dazu eine kurze Biografie des Verstorbenen vor.

Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit berichtete der Bundesvorsitzende über verschiedene Themen, die in der Südtirolpolitik zurzeit aktuell sind, so z. B. von dem zunehmenden „Linksruck“ der Südtiroler Volkspartei, die die Schwächung des Volksgruppenschutz beinhaltet, sowie die lasche Haltung zur Zuwandererpolitik sowie der massive Druck Seitens der SVP zum Zweisprachigen Kindergarten und der Schulen. Der Autonomiestatutartikel 19 beinhaltet: „In der Provinz Bozen wird der Unterricht in den Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen in der Muttersprache der Schüler,....erteilt....“. Das heißt, dass alle Fächer, mit Ausnahme von Italienisch, in der Muttersprache erteilt werden, und zwar von muttersprachlichen Lehrern. Und Art. 19 gilt für das gesamte Schulwesen, auch für das italienische.

Von der jetzigen Landesregierung wird der Artikel massiv ausgehöhlt, was zur Schwächung der deutschen Sprache beiträgt.

Auch das Ende der Verhandlung über den Doppel-Pass wurde diskutiert und festgestellt, dass die österreichische Regierung nur das tut was die SVP vorgibt, und diese hat kein Interesse daran. Es ist nur zu hoffen, dass die Oppositionsparteien nicht locker lassen. Es ist nur beschämend, dass die sogenannten „Südtirolsprecher“ in Österreich kein Interesse zeigen, auch etwas zu unternehmen. Noch dazu wurde mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass sich Andreas Khol, auch ein sogenannter „Südtirolsprecher“ sich für das Amt des österr. Bundespräsident bewirbt, was wohl zum vollständigen Erliegen der Südtirolkontakte führt.

Auch der Grenzzaun am Brenner wurde diskutiert. Zahlreiche Punkte wurden verarbeitet, so dass eine rege Diskussion aufkam. Die anschließenden Punkte der Tagesordnung wurden zügig erledigt und Finanzreferent berichtete über eine gesunde Kassenlage. Auf Anregung von BO Unterkircher wurde noch einstimmig beschlossen, einer Familie mit 500 Euro zu unterstützen, dessen Landwirtschaftlicher Hof in Kiens im Pustertal im Frühjahr abgebrannt ist.

Mitglied Herr Manfred Gropp aus Rülzheim brachte einen interessanten Beitrag zur Selbstbestimmung und erläuterte auch Möglichkeiten, die Selbstbestimmung durchzusetzen. Auch dieser Beitrag wurde

rege diskutiert.

Ein freudiges Ereignis hatte der Bundesobmann zum Schluss auf der Tagesordnung. Der Südtiroler Heimatbund überreichte dem langjährigen Mitglied, ehemaligen Bundesvorsitzenden und Finanzreferenten Karl Christmann das Standschützen Ehrenabzeichen, die höchste Auszeichnung, die der SHB für verdiente Mitglieder verleiht. Bundesvorsitzender Hermann Unterkircher verlas die Laudatio und überreichte im Namen des SHB Obmannes Roland Lang die Urkunde und Abzeichen unter großen Applaus der Anwesenden. Ein Erinnerungsfoto durfte natürlich nicht fehlen.

Nach kurzer Diskussion über die behandelten Themen, die durchaus interessant war, schloss der Bundesvorsitzende die Bundesversammlung und wünschte allen Anwesenden eine gute Heimfahrt.

Die nächste Bundesversammlung findet im Frühjahr 2017 in Garmisch-Partenkirchen statt.

Hermann Unterkircher, Bundesvorsitzender Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland



Im Namen des Südtiroler Heimatbund überreicht der Bundesvorsitzende des Andreas Hofer Bund e.V. Hermann Unterkircher für besondere Dienste das Standschützenehrenzeichen an Karl Christmann

✱

INNSBRUCK/BOZEN - Der ehemalige Freiheitskämpfer Prof. Dr. Günther Andergassen ist am 19. Jänner 2016 im Alter von 85 Jahren verstorben. Der gebürtige Magreider war in den 1960er Jahren Mitglied des Befreiungsausschuss Südtirol und hat sich

Zeit seines Lebens für die Wiedervereinigung Tirols eingesetzt.

Professor Dr. Günther Andergassen war als Komponist einer der bedeutendsten Repräsentanten der Tiroler und der österreichischen Musikwelt sowie ein großer Musikwissenschaftler und Musikpädagoge. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und das Verdienstkreuz des Landes Tirol.

Für seinen Einsatz in führender Position im Südtiroler Freiheitskampf der 1960er Jahre wurde er im Zweiten Mailänder Prozess zu 30 Jahren Haft verurteilt, davon verbrachte er sieben Jahre in verschiedenen italienischen Gefängnissen.

Auch noch im hohen Alter hat er sich aktiv für seine Heimat eingesetzt. In bleibender Erinnerung ist uns seine Gedenkansprache am 25. April 2009 in Bruneck beim Protestmarsch "Gegen Faschismus - Für Tirol" vor über 6.000 Teilnehmern, davon 3.000 Schützen.

Der Südtiroler Schützenbund gibt mit großer Trauer bekannt, dass nun nach Wolfgang Pfaundler, Gerd Bacher und Peter Kienesberger ein weiterer Zeitzeuge und maßgeblicher Protagonist der 1960er Jahre verstorben ist. Ihr Einsatz für unser Land war in jeder Hinsicht prägend und hat wesentlich dazu beigetragen, dass die deutsche Volksgruppe in Südtirol sich bis heute gehalten und weiterentwickelt hat.

Mit Professor Dr. Günther Andergassen geht zudem ein Mann und ein guter Freund, dessen Sorge und dessen Gedanken bis zum letzten Atemzug Südtirol galten. Der Südtiroler Schützenbund drückt den Angehörigen sein tief empfundenes Mitgefühl aus. Der Andreas Hofer Bund Deutschland e.V. und der Andreas Hofer Bund Tirol schließen sich der Beileidskundgebung an.

Mjr. Elmar Thaler, Landeskommandant

Großes Interesse an Selbstbestimmung im Süd-Tirol-Konvent.

Der Landtagsabgeordnete der Süd-Tiroler Freiheit, Sven Knoll, bezeichnet das große Interesse der Teilnehmer des Süd-Tirol-Konventes am Thema Selbstbestimmung, als wichtigen Schritt zur Aufklärung der Bevölkerung und somit als Vorbereitung für eine Zukunft ohne Italien.

Es ist notwendig, endlich eine breite gesellschaftspolitische Diskussion über die Zukunft Süd-Tirols zu führen und dabei den Menschen die Angst vor der Selbstbestimmung zu nehmen. In diese Diskussion sollen und müssen auch die Italiener eingebunden werden.

Das große Interesse an der Selbstbestimmung zeigt deutlich, dass die Süd-Tiroler die Gestaltung der eigenen Zukunft selbst in die Hand nehmen wollen und dabei auch gewillt sind, über die Grenzen der Autonomie hinaus, in Richtung Unabhängigkeit zu blicken.

Die Süd-Tiroler Freiheit wird nun genau darauf achten, dass bei der Ausarbeitung des Positionspapiers des Süd-Tirol-Konventes, das Thema Selbstbestimmung nicht einfach ausgeklammert wird, sondern zum zentralen Thema der weiteren Entwicklung wird.

L.-Abg. Sven Knoll Süd-Tiroler Freiheit.

*

Südtiroler Landtagsabgeordnete und Vertreter des Schützenbunds suchen in Wien um österreichische Staatsbürgerschaft an

Anlässlich einer Pressekonferenz in Wien stellte der freiheitliche Südtirol-Sprecher NAbg. Werner Neubauer jene Südtiroler Persönlichkeiten vor, die bei der Magistratsabteilung 35 in Wien einen Antrag auf die Erteilung der österreichischen Staatsbürgerschaft eingebracht hatten. Neubauer betonte, dass zehn Jahren der Diskussion um die Staatsbürgerschaft nun Taten folgen müssten. „Wir werden das politische Ziel, den Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft im Parlament zu er-möglichen, nicht aus dem Auge

verlieren. Wir haben aber mit dem heutigen Schritt eine zweite Ebene, die Verwaltungsebene, ebenfalls aufgetan. Das ist ein historischer Tag. Nun wird man sehen, wie die österreichische Position zu dieser Frage tatsächlich ist, nachdem man über 400 Anträge vorher nicht behandelt hatte“, sagte Neubauer. Die FPÖ werde das Verfahren durch rechtsfreundlichen Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Friedrich Helml, aufmerksam begleiten lassen. Es war und ist jedoch der eindeutige Wille der Südtiroler selbst, diesen Weg beschritten zu haben, so Neubauer.

Der Vertreter der Freiheitlichen Südtirols, LAbg. Pius Leitner, stellte in seiner Erklärung fest, dass es gerade in dieser Zeit, in der Italien eine Verfassungsänderung beabsichtige, welche die Interessen der Autonomien massiv beschneiden werde, notwendig sei, die österreichische Minderheit in Südtirol mehrfach abzusichern. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft sei dazu ein taugliches Mittel. Er richtete einen flammenden Appell an die Politik in Österreich, die Landsleute südlich des Brenners bei dieser wichtigen Frage nicht im Regen stehen zu lassen.

Für die **Südtiroler Freiheit, die mit drei Vertretern des Südtiroler Landtags zur Antragstellung in Wien angereist war, sagte LAbg. Sven Knoll**, dass er die Wortspende des Bundespräsidentenkandidaten Dr. Khol zurückweise, wonach die Anerkennung einer österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler „ein Unsinn“ sei. „Es geht darum, aufzuzeigen, dass wir Südtiroler Österreicher sind und unsere österreichische Staatsbürgerschaft zurückbekommen möchten. Die aktuelle politische Entwicklung in Italien zeigt auf, wie notwendig die Vergabe der österreichischen Staatsbürgerschaft an die Südtiroler wäre. Mit der neuen Verfassungsreform soll Italien in einen zentralistischen Staat umgewandelt werden, im Zuge dessen würden namhafte italienische Politiker eine

Abschaffung der Südtirol-Autonomie fordern, da die Südtiroler hundert Jahre nach dem ersten Weltkrieg keine österreichische Minderheit mehr seien und demnach auch kein Anrecht auf eine Autonomie mehr haben“, so Knoll. Der **Ehrenlandeskommendant des Südtiroler Schützenbundes Paul Bacher**, der bereits 2011 einen Antrag eingebracht hatte, der nicht behandelt worden war, betonte, dass sein Vater als Freiwilliger mit 14 Jahren an der Front gegen Italien im ersten Weltkrieg gekämpft habe und es für ihn deshalb eine Selbstverständlichkeit darstelle, die zu Unrecht entzogene österreichische Staatsbürgerschaft wieder durch Österreich zurück zu erhalten. Das sei er all jenen schuldig, die damals mit ihrem Leben für die Freiheit eingetreten seien. Neubauer betonte abschließend, dass es die Aufgabe der Freiheitlichen Partei Österreichs sei, den Willen der Südtiroler Landsleute zu unterstützen. „Wenn 83 Prozent der österreichischen Bevölkerung mit der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft in Form einer Doppelstaatsbürgerschaft an Südtiroler einverstanden sind, dann wissen wir uns in unserem politischen Vorgehen auf der richtigen Seite“, so Neubauer.

*

Südtiroler Heimatbund:

Die doppelte Staatsbürgerschaft für Südtiroler ist wichtiger denn je.

Als unverantwortlich und politisch fragwürdig bezeichnet der Südtiroler Heimatbund den „Gnadenstoß für den Doppelpass für Südtiroler“ seitens einiger österreichischer, ranghoher Politiker, so Obmann Roland Lang.

Diese Aussagen sind in einer Zeit, wo die Brennergrenze wieder zementiert wird und Italien durch seine geplante, zentralistisch ausgerichtete Verfassungsreform alles andere als südtirolfreundlich agiert, aufs Schärfste zu verurteilen. Eine zusätzliche Absicherung der Rechte der „österreichischen Minderheit“ ist keine Gefährdung der selbigen, sondern eher eine Chance, die in fast allen EU-Staaten

gang und gäbe ist. Und sie ist wichtiger denn je.

Und weil eben die potentielle, alles andere als gut zu heißende Verfassungsreform nicht minderheitenfreundlich ist und die Frage im Raum steht, ob die Südtiroler keine österreichische Minderheit mehr sind, ist das Verhalten gewisser österreichischer Staatsvertreter alles andere als zu begrüßen. So wird der Eindruck geweckt, man will den zweitwichtigsten Handelspartner nicht verärgern und darüber hinaus spielt man italienischen Nationalisten den Ball in die Hände. Solche Aussagen sind keineswegs zu tolerieren. Es kann nicht sein, dass über 80 Prozent der österreichischen Bevölkerung die doppelte Staatsbürgerschaft für Südtiroler begrüßen und sich einige österreichische Politiker das Recht nehmen, wieder einmal die Südtiroler zu täuschen, zu belügen oder – wie so oft in der Geschichte – zu verkaufen oder ihnen falsche Hoffnungen zu machen, so der SHB.

Eine im Raum stehende negative Entscheidung im Südtirol-Unterausschuss bzw. im außenpolitischen Ausschuss ist eine Augenwischerei höchsten Grades, wenn genau die gleichen Politiker Südtirol als Herzensanliegen bezeichnen. Ob der Südtirol-Unterausschuss überhaupt noch seine Berechtigung hat, ist eine andere offene Frage, die es unbedingt zu eruieren gilt. Die Auflösung der Schutzmachtfunktion ist dann auch nur noch eine Frage der Zeit, schließt Lang.

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes

*

Neuer italienischer Regionenminister will Sonderautonomien abschaffen.

Mit der Vereidigung von Enrico Costa wird ein neuer Regionenminister in Italien eingesetzt, der offen für eine Abschaffung der Sonderautonomien eintritt und bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf im Parlament eingereicht hat. Die Versprechen der Regierung Renzi an die SVP, keine Autonomie- feinde in die Regie-

rung zu holen, haben sich damit wieder einmal als wertlos erwiesen und zeigen der Bevölkerung auf, wohin die bedingungslose Rom-Treue der SVP führt, so Sven Knoll, Landtagsabgeordneter der Süd-Tiroler Freiheit.

Anstatt die Warnungen der letzten Monate vor der Regierung Renzi ernst zu nehmen, hat sich die SVP darüber lächerlich gemacht. Karl Zeller sprach sogar davon, dass nur Hinterbänkler in Rom für die Abschaffung der Autonomie und eine Großregion Triveneto wären. Genau so ein Hinterbänkler wird nun ausgerechnet neuer Regionenminister.

Der zentralistische Geist der italienischen Verfassungsreform wirft damit seine Schatten voraus. Deutlich zeigt sich, wie verantwortungslos es von der SVP war, dieser Verfassungsreform zuzustimmen.

Mit diesen „Freunden“ der SVP in Rom, braucht Süd-Tirol wahrlich keine Feinde mehr.

L.-Abg. Sven Knoll, Süd-Tiroler Freiheit.

*

Pöder: "Vielen wird erst jetzt bewusst, was für eine Sauerei die SVP im Regionalrat beschlossen hat"

Aufgrund vieler Bürger-Zuschriften nach der Schlacht im Regionalrat um das Bozner Wahlgesetz unterstreicht der Landtagsabgeordnete Andreas Pöder (BürgerUnion), dass vielen erst jetzt bewusst wird, welches rein auf die SVP zugeschnittene Gesetz beschlossen wurde. "Viele verstehen erst jetzt, welche Sauerei die SVP im Regionalrat beschlossen hat: Ein Wahlgesetz, mit dem die SVP bei weniger Stimmen mehr Mandate erhalten wird und gleichzeitig hat sie sich in allen Gemeinden Postenschacher und Geldgeschenke an eigene Funktionäre gesichert", so Pöder. Erschreckend auch die völlig unkritische Haltung mancher "Medien und mancher Oppositionen gegen die SVP: Es ist schon erstaunlich, dass Grüne und 5-Stelle der SVP im Regionalrat regelrecht geholfen haben, sich mit einem eigenen Wahlgesetz mehr Mandate bei weniger Stim-

men zu sichern. Zudem können in den Südtiroler Gemeinden neue bezahlte Posten verteilt werden. Durch die neuen bezahlten Referentenposten in Südtirols Gemeinden fließt aufgrund der Parteibgaben auch neues Geld in die SVP Parteikassen." Die SVP hat einer medialen und politischen Koalition der Willigen Sand in die Augen gestreut und unter dem Deckmantel der Bozner Gemeinde-Stabilität ein maßgeschneidertes Wahlgesetz sowie neuen Postenschacher gezimmert.

Andreas Pöder, MdL, BürgerUnion

*

BOZEN - Landesrat Philipp Achammer hat kürzlich den Maßnahmenkatalog für Mehrsprachigkeit in Branzoll vorgestellt. Dabei behauptete er, dass der CLIL-Unterricht nicht dem Autonomiestatut widerspreche. Dem widerspricht der Südtiroler Schützenbund ganz entschieden. Im Artikel 19 ist der Unterricht in der Muttersprache ganz unmissverständlich definiert.

Im CLIL-Immersionsunterricht wird hingegen der Sachfachunterricht ein Semester lang eben nicht in der eigenen Muttersprache unterrichtet, wie an acht Oberschulen und an der Grundschule in Antholz-Niedertal in Pilotprojekten bereits geschehen. Damit ist klar: CLIL verletzt den Artikel 19 im Autonomiestatut und steht daher im krassen Widerspruch dazu.

Der Südtiroler Schützenbund fordert, den CLIL-Unterricht im Sinne des Autonomiestatus unverzüglich auszusetzen. Es ist sehr bedenklich, dass Landesrat Achammer das Autonomiestatut, die größte Errungenschaft seines großen Vorbildes Silvius Magnago, mit dem CLIL-Unterricht zu Fall bringen will.

Südtiroler Schützenbund

*

Was ist los in Süd-Tirol und den faschistischen Umtrieben?

Faschistische Denkmäler und Kultstätten, radikale neofaschistische Konzerte, Casapound und und

Autonomiekonvent - Antifaschismus nicht genehm?

Mit gepflegter Gesprächskultur nimmt es Roberta Ciola, Erziehungswissenschaftlerin und pädagogische Mitarbeiterin an der Urania Meran sowie Koordinatorin von ESF-Lehrgängen, nicht genau. Denn wenn ihr Argumente fehlen, landet sie mit ihrem Wortschatz auch schon einmal tief unter der Gürtellinie...

Gerichtliches Nachspiel bleibt abzuwarten

Ob der Fakt, dass Roberta Ciola einen renommierten Sprachwissenschaftler in einem Interview, das eine Redakteurin des Online Nachrichtenportals "salto" mit ihr geführt hat, offiziell einen "Nicht-Menschen" genannt hat, lässt ein gerichtliches Nachspiel voraussehen. Zu Recht - erinnert er doch unweigerlich an die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus.

Sozialromantischer Plausch über Südtiroler Willkommenskultur?

In dem Interview schildert Roberta Ciola Ihren Eindruck vom Workshop "Friedliches Zusammenleben", der vergangenen Samstag (6.1.16) im Rahmen der dritten Open-Space-Veranstaltung des sogenannten Autonomiekonvents stattfand. Wenn es nach einigen Teilnehmern aus dem grünen Spektrum gegangen wäre, hätte der Workshop wohl ein sozialromantischer Plausch über die Südtiroler Willkommenskultur und ein interethnischer "small talk" werden sollen. Doch es kam anders: Man war zwar in der Mehrheit, aber nicht unter sich, und daher auf die Argumente der Minderheit nicht vorbereitet. Roberta Ciola bezeichnete diese Menschen im Interview kurzerhand als "extreme deutsche Rechte", als "Nicht-Menschen".

Was genau ist passiert?

Der konkrete Vorwurf des "Nicht-Menschen" ist an Cristian Kollmann von der Süd-Tiroler Freiheit gerichtet, wengleich Roberta Ciola ihn nicht namentlich nennt. Kollman hatte ebenfalls am Workshop teilgenommen, wohl wissen,

dass es sich und einige seiner Mitstreiter in die Höhle des Löwen begeben würden. In der Tat wär es fast zum Eklat gekommen. Der anerkannte Sprachwissenschaftler, der sich auf dem Gebiet der Ortsnamengebung spezialisiert hat, hat das ausgesprochen, was für ein friedliches Zusammenleben in Südtirol bis heute hinderlich ist: Südtirol faschistische Vergangenheit, die so Kollmann, in die Gegenwart hereinstrahle. Die Position Kollmanns in dieser Frage ist bekannt: Die italienische Volksgruppe, aber auch insgesamt die Gesellschaft und die Politik, soll sich von faschistischen Namen - und Gedankengut distanzieren. So lange dies nicht geschehe, können Barrieren zwischen den Volksgruppen nicht abgebaut, und es könne kein Vertrauen aufgebaut werden, so Kollmann. Die Italiener würden nach wie vor im "Alto Adige" verharren statt im "Sudtirole" anzukommen.

Landtagsabgeordnete: beobachten, nicht mitdiskutieren

Eine Teilnehmerin, Roberta Ciola, fühlte sich daraufhin "persönlich beleidigt" und verließ den Saal. Kollmanns Plädoyer für den Antifaschismus wurde jedenfalls von der Moderatorin unterbrochen, und er durfte auch später nicht mehr zu Wort kommen. Der Landtagsabgeordnete Riccardo dello Sbarba, der gleichzeitig das Protokoll führte, erinnerte sich offenbar nicht an die Empfehlung der Veranstalter, dass sich die Abgeordneten im Hintergrund halten sollten, und bekam auch für außerordentliche Landtagsreden reichlich Zeit zur Verfügung gestellt. Ein Teilnehmer meinte, der Faschismus gehöre in Südtirol dazu. Man könne ihn einfach nicht auslöschen. "Interessant", kommentiert Kollmann, vom UT24 auf den Vorfall angesprochen, im Nachhinein, und stellte provokant die Frage: "Gehört dann der Nationalsozialismus ebenfalls zu Südtirol dazu?"

Ein Kommentar von Dr. Margarete Lun, Historikerin

Das ist neu: Tracht ist Ausdruck unserer Tiroler Heimat auch für die Linken!

Mit Tracht muss man sich aber auseinandersetzen und sie respektieren

„Am 30. Dezember stellte das Kunstgymnasium Meran einen Trachtenkalender mit ‚Flüchtlingen‘ vor. Dazu steckte man die Flüchtlinge in unsere Tiroler Trachten, um ihnen unsere Heimat näher zu bringen. In einer Landtagsanfrage an den zuständigen Landesrat wollte ich wissen, wie er diese Aktion sieht, denn man kann hiermit Trachtenträger auch verschaukeln und das verdienen sich die Tausenden Trachtenträger unseres Landes nicht. Geärgert hat mich bei dem Kalender auch, dass man Trachtenträger mit Turnschuhen sieht oder nicht in vollständigen Trachten. Ein deutliches Zeichen dafür, dass man das Wesen, die Geschichte und die Würde der Tracht und vor allem des Trachtenhandwerks nicht versteht. Man stelle sich mal eine Musikkapelle oder Volkstanzgruppe vor, die in Tracht mit Turnschuhen aufmarschiert“, schreibt der Freiheitliche Landtagsabgeordnete Sigmar Stocker in einer Pressemitteilung.

„Ich möchte mit dieser Anfrage keinesfalls die Schüler treffen bzw. kritisieren. Aber sehr wohl will ich die Lehrpersonen und Direktion sowie Landesrat Achammer zum Nachdenken bringen. Als Trachtenträger, der ich selbst bin, ist es mir wichtig, den Wert der Tracht zu unterstreichen - und auch den Wert des Trachtenhandwerks. Tracht ist nicht irgendein moderner Fetzen, der nach drei Saisonen im Caritassack landet, die Tracht ist das beste „Gewand“ im Kasten und überlebt Jahrzehnte oder besser, sie begleitet dich das ganze Leben. Tracht ist - neben der Muttersprache - auch einer der Ausdrücke von Identität der deutschen und ladinschen Volksgruppe in diesem Land und wurde auch deshalb von den Faschisten verboten. Tracht trägt also der, der sich in diesem Land

verwurzelt fühlt, der dieses Land als seine Heimat empfindet und diese Heimatliebe mit Freude und Stolz demonstriert. Mittlerweile tragen vereinzelt auch Italiener in Südtirol die Tracht, aber es sind Italiener, welche sich mit den Sitten und Gebräuchen der heimischen Kultur auseinandergesetzt haben, sich integrieren wollen und Südtirol nicht als ein Teil Italiens sehen. Und auch Einwanderer, die sich integrieren wollen und nicht nur Forderungen stellen, findet man in der Tracht. Und dies ist eine Grundvoraussetzung bei einer Tracht - nicht wie bei einer Partykleidung für das Oktoberfest! Wer Tracht trägt, setzt sich mit deren Geschichte und somit auch mit der Geschichte des Landes auseinander, Herr Landesrat“, betont der Freiheitliche Abgeordnete. Auf der anderen Seite zeigt mir das Projekt etwas ganz Anderes: Sonst werden Trachtenträger und Patrioten von Linken und „modernen“ Personen gerne als „Hinterwäldler“ bezeichnet. Dass aber diese Linken nun die Tracht hernehmen, um Fremden unsere Heimat zu zeigen oder „fühlen“ zu lassen, ist sicher etwas Neues und eine Bestätigung für uns Trachtenträger. Wir sind tiefster Ausdruck der Heimat und des ‚positiven Patriotismus‘! Mögen die Südtiroler Schulen die Tracht nicht nur in Zusammenhang mit Einwanderern neu entdecken, sondern sich auch ohnehin mit der Geschichte unserer Tracht, unseres Landes und unserer Südtiroler und Tiroler Identität befassen. Ich erwarte mir aber künftig von den Schulen unseres Landes auch, dass Schüler, die patriotische T-Shirts tragen, nicht verpönt werden. Denn das ist der moderne Ausdruck von Heimatliebe“, so Stocker abschließend.

Sigmar Stocker, die Freiheitlichen

✱

Grenzzaun am Brenner wäre ein Stich ins Herz der Tiroler. Versagen der EU müssen Mitgliedsstaaten und Regionen ausbaden. Gemeinsame Strategie statt rhetorischer Nebelkerzen

„Das Versagen der EU in der Einwanderungs- und Flüchtlingspoli-

tik zeitigt immer massivere Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten und Regionen. Anstatt das Problem an der Wurzel anzugehen, nämlich die Außengrenzen wirksam zu schützen, sehen sich einzelne Staaten gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen und die eigenen Grenzen zu schützen. Damit kommen sie nicht zuletzt auch einem Verfassungsauftrag nach, nämlich Gefahr vom eigenen Volk abzuwenden. Diese Entwicklung bedeutet, dass wesentliche Eckpfeiler der europäischen Einigung einstürzen: die Abkommen von Dublin und Schengen. Der freie Binnenmarkt kann nur funktionieren, wenn die Außengrenzen gesichert sind; da Letzteres aber nicht der Fall und ein Ende der Völkerwanderung nicht absehbar ist, darf man sich auch nicht wundern, wenn einzelne Staaten selber aktiv werden“, schreibt der freiheitliche Fraktionssprecher im Landtag, Pius Leitner, in einer Aussendung.

Die Nachricht, Österreich könnte am Brenner einen Grenzzaun errichten, sei für Südtirol natürlich eine Hiobsbotschaft. Die Aufweichung der Grenze mit dem EU-Beitritt Österreichs und die nachfolgende Entwicklung habe den Tirolern diesseits und jenseits des Brenners, des Reschen und von Winnebach auf allen Ebenen den Weg geebnet, wieder näher zusammenzuwachsen. Ein Grenzzaun am Brenner wäre ein Stich ins Herz der Tiroler und ein herber Rückschritt auf dem beschrittenen Weg, so Leitner.

„Die Südtiroler dürfen sich erwarten, dass man ihnen reinen Wein einschenkt, was am Brenner und gegebenenfalls am Reschen passiert. Vor allem die Landeshauptleute Kompatscher und Plattner sollen Klartext reden, denn mit Floskeln wie „Grenzmanagement“, „gesicherte Einreise“ und „technische Maßnahmen“ können die Menschen nicht beruhigt werden – im Gegenteil, die Verunsicherung wird zusätzlich gesteigert. Zaun bleibt Zaun, auch wenn man noch so blumenreiche Umschreibungen versucht. Es kommt anscheinend eine harte Bewährungsprobe auf

uns zu und es dürfte einfacher sein, diese gemeinsam anzugehen anstatt zu versuchen, die aufgetretenen Sorgen mit rhetorischen Nebelkerzen zuzudecken".

Pius Leitner, MdL die Freiheitlichen

*

Meine Meinung - Südtirol - eine Herzensangelegenheit?

Dr. Otto Mahlknecht Rechtsanwalt in Bozen und Präsident des Österreich-Südtirol-Forums, nimmt im Folgenden Stellung zur ablehnenden Haltung des Südtirol-Unterausschuss im österreichischen Nationalrat, der sich gegen die österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler ausgesprochen hat.

1920 haben die Südtiroler die österreichische Staatsbürgerschaft verloren und die italienische erhalten. Nach 1945 standen nicht die Staatsbürgerschaft, sondern vitale Interessen auf der Tagesordnung. Erst 2006 wurde sie zum Thema, als Italien sein Gesetz zugunsten der Italienisch-stämmigen in Istrien, Fiume und Dalmatien novellierte, Seither gab es Bemühungen, für die Südtiroler dasselbe zu erreichen. Seit 2010 hat die österreichische Regierung dem Südtiroler Wunsch mit der Begründung, es sei zuvor eine intensive juristische Prüfung notwendig, nicht entsprochen. Nun sind die Rechtsfragen aber seit Langem geklärt. Österreich müsste weder die Verfassung ändern, noch völkerrechtliche Verträge kündigen, Eine einfache Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes würde ausreichen, Völkerrechtlich erlaubt das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit eine Doppelstaatsbürgerschaft. Dass darüber hinaus auch keine verfassungsrechtlichen Hürden bestehen, hat das Bundeskanzleramt am 28. April 2011 festgestellt. Die meisten unserer europäischen Nachbarn erlauben eine Doppelstaatsbürgerschaft; sie stellt in der europäischen geradezu die Regel dar. Die Doppelstaatsbürgerschaft hätte keine Auswirkungen auf Steuern und Pensionen, weil diese unab-

hängig davon dort zu zahlen sind, wo die Person ihren Wohnsitz hat. Sie wäre auch keine Besserstellung gegenüber anderen Südtirolern, weil die Rechte innerhalb Südtirols nicht vom Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft abhängen.

Wenn es so leicht ginge und ein Herzensanliegen vieler Südtiroler ist, warum wurde es dann nicht schon längst im Nationalrat beschlossen?

Der Grund liegt im politischen Zaudern der Bundesregierung, Sie kann sich nicht dazu entschließen weil sich Identität und Selbstverständnis der Südtiroler dann stärker an Österreich orientieren würden. Dies würde den unausgesprochenen Plan Italiens durchkreuzen, die Südtiroler Autonomie möglichst bald zu Italienern zu assimilieren und eine Situation so im Elsass zu schaffen. Als Südtiroler fragt man sich in diesem Lichte: Welche Interessen sind für die österreichische Bundesregierung wichtiger? Jene der Südtiroler oder jene Italiens?

Anm. d. Red: Dieser Bericht wurde mit ausdrücklicher Genehmigung von Herrn Dr. Otto Mahlknecht abgedruckt.

*

Gemeinde Ahrntal wird um Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer der 60er Jahre ansuchen. Auf Druck der beiden Ahrntaler Gemeinderäte der Süd-Tiroler Freiheit, Benjamin Rauchenbichler und Erich Kaiser, wird sich die Gemeinde Ahrntal nun für die Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer der 60er Jahre einsetzen.

Bei der vergangen Sitzung des Gemeinderates forderten die beiden Gemeinderäte der Süd-Tiroler Freiheit, dass die Gemeindeverwaltung in Person des Bürgermeisters Helmut Klammer ein Schreiben an den italienischen Justizminister und den Staatspräsidenten richtet, worin diese ersucht werden, die Begnadigung der Süd-Tiroler Aktivisten der 60er Jahre voranzutreiben.

Nach der Erläuterung des Beschlussantrages erklärte der Bürgermeister in seiner Funktion als SVP-Fraktionssprecher, dass die Südtiroler Volkspartei gegen den Antrag stimmen werde. Er machte das Angebot, dass der Brief seitens der Gemeinde geschrieben werde, wenn die Süd-Tiroler Freiheit ihrerseits den Beschlussantrag zurückziehe. "Da es uns immer nur um das Thema geht, und nicht darum, den Beschlussantrag genehmigt zu bekommen, haben wir dieses Angebot angenommen und den Beschlussantrag zurückgezogen. Das Ziel des Beschlussantrages wurde umgesetzt", so Rauchenbichler. "Nun liegt es an der Ahrntaler Gemeindeverwaltung, dieses Versprechen auch umzusetzen und zu zeigen, dass den Worten Taten folgen".

"Dies zeigt sich auch dadurch, dass die Gemeinde Ahrntal das Gnadengesuch zwar verfassen will, die SVP den Beschlussantrag selbst aber abgelehnt hätte. Dies ist auch ein Weg Politik zu machen, ob es der richtige ist, wagen wir zu bezweifeln".

Benjamin Rauchenbichler und Erich Kaiser, Gemeinderäte der Süd-Tiroler Freiheit im Ahrntal

*

Immersion am Beispiel der Region Aosta

Roland Lang, SHB-Obmann, sieht im Artikel 19 einen zentralen Baustein des Südtiroler Autonomiestatus. Umso unverständlicher findet er es, wenn man diesen aufweichen oder mit einer gemischtsprachigen Schule ersetzen möchte. Zudem könnten fatale Folgen – wie er im folgenden Beitrag anhand des Beispiel Aostas aufzeigt – für das Südtiroler Bildungssystem entstehen.

1858: Die frankophone Bevölkerung des Aostatalts betrug über 95 %. Zudem wies sie zur Zeit des Königreichs Italien den höchsten Prozent alphabetisierter Bürger vor. 30 Jahre später wurde das Italienische dem Französischen gleichgestellt. Nach einer Welle der Auswanderung förderte Italien den Zuzug von Italienern. 1921 erfolgte die erste Volkszählung

nach dem Krieg; so sehen sich 88 % der Valdotains als frankophon. Es folgten Versuche, die wir aus Südtirol kennen. Firmen im Aostatal wurden angehalten, kein einheimisches Personal einzustellen; Orts- und Familiennamen wurden italianisiert. Von 1938 bis 1966 durften Kinder keine ausländischen Vornamen haben. Nach 1945 sah man mittels autonomer regionaler Verfassung die Gleichstellung beider Sprachen vor, die Italien zu seinem Vorteil auslegte. Vor 40 Jahren führte man die Zweisprachigkeit der Schule ein. Das muss betreffs Südtirol und dem Artikel 19 gesagt werden.

Die Valdotains mussten sich Angriffe gefallen lassen. So beschrieb der in Aosta diensthabende Staatsanwalt Monti die französische Kultur als „Euro Disney“. Gerügt wurde er bis heute nicht. In Cogne erklärten sich jene, die 1921 bis 1931 geboren wurden, zu 100 Prozent frankoprovenzalisch. Die 1977 bis 1983 Geborenen drehten diese Zahlen auf den Kopf.

Der Verlust der sprachlichen Identität wird zu einem Tod einer Volksgruppe führen. Der Versuch, die deutsche Schule aufzuweichen, ist ein kluger Versuch Roms, aus den Südtirolern legal Italiener zu machen. Die Zweisprachigkeit ist ein Mittel, damit jeder Widerstand im Keim erstickt wird. Wer am Artikel 19 des Autonomiestatuts rüttelt, entpuppt sich als Nationalist. Ob unsere Ahnen, die Deutsch in den Katakombenschulen lernten und lehrten, einverstanden wären, ist einfach zu beantworten: Sie würden sich im Grabe umdrehen.

*

**60. Todestag von Kanonikus Michael Gamper - 90. Todestag von Julius Perathoner
Zwei herausragenden Tirolern zum Gedenken**

In diesen Tagen erinnert Südtirol an zwei herausragende Persönlichkeiten der Tiroler Geschichte. Am 15. April 1956 starb Kanonikus Michael Gamper, der Vater der „Katakombenschule“

„benschule“ und am 17. April 1926 verstarb Julius Perathoner, der letzte deutsche Bürgermeister von Bozen.

“Der Namen und die Bedeutung von Kanonikus Michael Gamper für unser Land wurde mir erstmals bewusst, als ich in Meran zur Schule ging und im Gamperheim wohnte. Der damalige Regens Willi Walter machte uns Schüler mit Leben und Werk des Kanonikus vertraut. Anlässlich des 60. Todestages ist es angebracht, das Lebenswerk dieser besonderen Persönlichkeit allen Südtirolern in Erinnerung zu rufen. Sein Einsatz für die deutsche Schule und für die deutsche Sprache, sein Wirken für den Ausgleich zwischen ‘Dableibern’ und ‘Optanten’ sowie seine Bemühungen um die verbrieften Rechte seines Volkes bleiben unvergessen und sollten auch für die heutige Generationen Richtschnur sein. Kanonikus Michael Gamper wurde zu Recht bei einer wissenschaftlichen Tagung entsprechend gewürdigt”, schreibt der freiheitliche Fraktionssprecher im Landtag, Pius Leitner, in einer Aussendung. Leitner erinnert auch an den 90. Todestag des letzten deutschen Bürgermeisters von Bozen, Julius Perathoner. Diese Erinnerung sollte besonders im Licht der anstehenden Gemeinderatswahlen in Bozen betrachtet werden. Das Vermächtnis Perathoners für ein echtes friedliches Zusammenleben sei ein Gradmesser für jeden Bozner Gemeindepolitiker. Der deutschnational-freiheitlich gesinnte Perathoner habe im Nationalitätenstreit der Habsburgermonarchie als gemäßigt und als Mann des Ausgleichs gegolten. Dazu sei an seine Antrittsrede als Bürgermeister am 15. März 1895 erinnert:

“In nationaler Beziehung werde ich nicht vergessen, dass Bozen eine deutsche Stadt ist und eine solche bleiben soll. Ich werde aber ebenso im Auge behalten, dass eine Anzahl von Mitbürgern italienischer Zunge sich in unserer Stadt befindet, mit welchen die Deutschen im Frieden und im Einvernehmen

leben wollen. Die Anerkennung des deutschen Charakters unserer Stadt seitens unserer italienischen Mitbürger auf der einen Seite, die Achtung vor der durch herrliche Sprache und hervorragende Kultur sich auszeichnenden italienischen Nation andererseits sowie die beiden Volksstämmen gemeinsamen patriotischen Empfindungen haben ein glückliches Verhältnis zwischen Deutschen und Italienern in unserer Stadt geschaffen, dessen Trübung im Interesse beider Teile uns hoffentlich erspart bleibt.”

“Wie wir heute wissen, blieb diese Trübung nicht erspart. Julius Perathoner war von 1895 bis 1922 letzter deutscher Bürgermeister von Bozen, von 1901 bis 1911 war er Reichsratsabgeordneter in Wien und von 1902 bis 1907 Landtagsabgeordneter in Innsbruck. Er war nicht nur einer der wichtigsten Vertreter der Deutschfreiheitlichen Partei, sondern eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Jahrhundertwende in Tirol. 1922 wurde er im Zuge des Marsches auf Bozen von den Faschisten gewaltsam als Bürgermeister abgesetzt und durch einen faschistischen Amtsbürgermeister (Podestà) ersetzt. Perathoner war Mitbegründer und langjähriger Obmann des Männergesangsvereins Bozen sowie des Deutschen Schulvereins und Mitglied des Bozner Turnvereins. Wer heute den anhaltenden Stillstand in der Gemeinde Bozen betrachtet, muss vor den stadtplanerischen Entscheidungen Perathoners regelrecht erblassen. In seiner Amtszeit wurden u. a. folgende Objekte verwirklicht: das Stadtmuseum, das Theater, die Straßenbahn nach Gries und Leifers, die Kaiserjägerkaserne, die Talferbrücke, die Promenaden zu beiden Seiten der Talfer, die Kaiserin-Elisabeth-Schule (heute Goetheschule), die Etschwerke und das neue Rathaus. Ob Bozen jemals wieder einen deutschen Bürgermeister erhält, wird die Zukunft weisen, einen Mann wie Julius Perathoner könnte die Stadt aber sicher gut gebrauchen”, so Leitner abschließend.



Auch Bayern gedenkt Julius Perathoner- Der Perathoner Stein am Tiroler Platz in München.

Der **Perathoner Stein** soll an den aus Südtirol geflohenen ehemaligen Bürgermeister von Bozen, Julius Perathoner, erinnern.

Das Denkmal steht an der Hangkante, ein Stück den Spazierweg namens Kuntersweg hinauf, über dem Tiroler Platz (eigentlich besser *Südtiroler Platz*) in Harlaching. Von der Trambahnhaltestelle gleichen Namens sind es nur wenige Minuten Gehzeit zu diesem außergewöhnlichen Platz der Erinnerung. August Blössner entwarf hier, unter Mithilfe des Bildhauers Ludwig Dasio ein Andenken in ganz besonderer Form. Dieser Bildstock erinnert an die 1000-jährige Verbindung von Bayern und Tirol. Die Enthüllung fand am 18.7.1927 statt.

Die Inschriften:

Bald nach ihrer Einwanderung in Rätien überschritten um die Mitte des 6. Jahrhunderts die Baiwaren den Brenner und besiedelten das Land im Gebirge an der Etsch, am Eisack und an der oberen Drau.

Hl. Josef Landespatron von Tirol
Bischof Zacharias von Säben nun das Bistum Brixen, fiel mit Markgraf Luitpold dem Schyren im Bayerischen Heerbann gegen die Ungarn 907.

Hl Maria Patronin der Bayern
Herzog Tassilo der II. stiftete im Jahre 769 auf einem bayerischen Landtag zu Bozen das Kloster Innichen im Pustertal.

Hl. Korbinian

Skt. Korbinian der Gründer des Bistums Freising München wurde durch Herzog Grimoald 717 von der Obermais bei Meran nach Freising berufen. Er starb in Obermais 730.

Hermann Unterkircher, Bundesvorsitzender Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland

*

Letzte Meldung zur Bundespräsidentenwahl in Österreich

"Mit Norbert Hofer hat der einzige Patriot unter den Kandidaten die erste Runde der Bundespräsidentenwahl gewonnen, der Merkelismus von SPÖ und ÖVP wurde abgestraft" Die Österreicherinnen und Österreicher haben Sicherheit und Klarheit den Vorrang vor Zickzackkurs und Planlosigkeit gegeben. ÖVP und SPÖ haben lange den katastrophalen Flüchtlingskurs der deutschen Bundeskanzlerin Merkel unterstützt und mitgetragen und haben auch dafür

jetzt den Denkkzettel erhalten."

Norbert Hofer hat durchaus Chancen in der Stichwahl, denn es ist fraglich, ob viele ÖVP-Wähler tatsächlich dem Grünen Van der Bellen geben werden. Dieser wird den Vorsprung Hofers nicht leicht aufholen können.

Andreas Pöder, BürgerUnion

Andreas Hofer Bund Deutschland

Gruppe Saar-Pfalz

Die Gruppenabende finden in unregelmäßigen Abständen im Bürgerhaus Schöneberg statt.

Die Mitglieder bekommen dazu Einladungen.

AHB Tirol

Die Vereinszusammenkünfte finden immer am 2. Samstag im Monat, um 19:30 Uhr, im Gasthof Sailer, Adamgasse 8, in Innsbruck statt.

Wenn Sie Interesse an der politischen und kulturellen Lage in Südtirol haben dann setzen Sie sich bitte mit den Andreas Hofer Bund e.V. in Verbindung: Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland, Postfach 11 16; 824676 Garmisch-Partenkirchen oder über E-Mail: Schriftleitung@Bergfeuer.web.de, oder AHB-ev@gmx.de

Unterstützen Sie den Volkstumskampf unserer Landsleute im südlichen Teil Tirols und werden Sie Mitglied im Andreas Hofer Bund Deutschland e.V.

Besuchen Sie unseren Internetauftritt: www.andreas-hofer-bund.de

Redaktionsschluss für das nächste Berg-Feuer 3/2016 ist Freitag, der 15. Juli 2016

Impressum:

Herausgeber und Verleger: Andreas-Hofer-Bund e.V., Bundesleitung, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen
Der Andreas-Hofer-Bund ist parteipolitisch neutral. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anschrift und Schriftleitung: Berg-Feuer, Hermann Unterkircher, 82467 Garmisch-Partenkirchen, Fax: 08821-946 1551

E-Mail: Schriftleitung@Bergfeuer.web.de

Verantwortlich i.S.d.P.: Bundesobmann Hermann Unterkircher, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen

Druck: Kopierzentrum Homburg, Talstraße 53, 66424 Homburg, Fax.: 0 68 41 / 120 006

Bankverbindung: Postbank München: IBAN: DE58 7001 0080 0054 1008 01; BIC: PBNKDEFF

Österreich: Volksbank Kufstein: IBAN: AT44 4377 0000 0017 1883; BIC: VBOEATWWKUF